

Antrag

der Abgeordneten Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Transparenz und Teilhabe

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kaum ein Thema bestimmt die öffentliche Debatte derzeit so sehr, wie die Nachhaltigkeit unserer Lebens- und Wirtschaftsweise. Der Klimawandel, die Verschmutzung der Gewässer, die Abholzung von Regenwäldern und der Verlust der Biodiversität treiben die Menschen auf die Straße. Auch der Tierschutz und die ökologischen Folgen der modernen Landwirtschaft sind in aller Munde. Die globale Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ zeigt, dass sich vor allem junge Menschen um den Zustand unserer natürlichen Lebensgrundlagen sorgen und sich für nachhaltige Veränderungen unserer Wirtschaftsweise engagieren. Mit Nachdruck bringen sie ihre Erwartungen an die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik zum Ausdruck. Dieses Engagement ist zu begrüßen, muss jedoch mit einer faktenbasierten Bildung für eine nachhaltige Entwicklung komplementiert werden. Die Wahrnehmung von Umweltproblemen muss sich letztlich in gesellschaftlich akzeptablen Forderungen und zukunftsfähigen Problemlösungen niederschlagen.

Tatsächlich können Umweltprobleme nicht mit Verzicht und Askese allein gelöst werden. Eine Absage an Wohlstand und Fortschritt ist weder notwendig noch wünschenswert. Stattdessen braucht es eine kluge Prioritätensetzung beim Einsatz verfügbarer Mittel für verschiedenste gesellschaftliche Herausforderungen und einen intensiven Wettbewerb um kreative Ideen für den Einsatz moderner ressourcenschonender Technologien. Dort wo in der Vergangenheit Fortschritte bei der Reduktion von Umweltbelastungen erzielt werden konnten, spielten Innovationen eine Schlüsselrolle. Zudem

braucht es einen gesellschaftlicher Konsens über die angemessene Übernahme individueller Verantwortung für die Umwelt. Nachhaltigkeit ist Sache jedes Einzelnen, sie lässt sich nicht an den Staat delegieren. Wo Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung zum Problem werden, müssen aber die Rahmenbedingungen vom Staat so gesetzt werden, dass dieses Signal unverzerrt an den Märkten ankommt.

Diese Voraussetzungen einer ökologisch nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung müssen sich auch in der Bildung widerspiegeln. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung legt bereits frühzeitig das Fundament für einen lösungsorientierten öffentlichen Diskurs über die Ausrichtung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Sie ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass sich Nachwuchskräfte in der Wirtschaft und den Verwaltungen ergebnisoffen und lösungsorientiert den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Nachhaltigkeitsbildung bedarf unabhängiger und belastbarer Daten über den Zustand der Umwelt und eines realistischen Bildes über die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Umwelt. Ökonomie und Ökologie müssen im Zusammenhang verständlich gemacht und handlungsorientiert in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht werden. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vermeidet eine Spaltung der Gesellschaft durch emotionale Schuldzuweisungen und hält sich nicht mit wirkungslosen und unseren Wohlstand hemmenden Therapien auf. Notwendig ist ein Bildungssystem, das vom Wettbewerb der Ideen lebt, eine faire Streitkultur mit unterschiedlichen Standpunkten fördert und Problemlösungen in den Vordergrund rückt. Handlungsalternativen für das individuelle Verhalten, die Wirtschaft und die Politik sollten nach ihrem Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben beurteilt werden. Lernende und Lehrende müssen Zugriff auf ein breites, faktenbasiertes und ideologisch unverfälschtes Reservoir an Umweltinformationen bekommen, das leicht zugänglich und verständlich ist – ein Leben lang.

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung muss Brücken bauen und dazu beitragen das Bröckeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu beenden. Wir sollten verhindern, dass die industrielle und landwirtschaftliche Modernisierung auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft dazu führt, dass immer mehr Menschen den Bezug zu den komplexen Herstellungs- und Fertigungsprozessen von Nahrungsmitteln, Konsum- und Industriegütern verlieren. Bedauerlicherweise haben Schulbücher und Lehrmaterialien mit dazu beigetragen, dass Stereotype ökologischer Folgen der Wirtschaft um sich greifen und ein veraltetes und romantisierendes Bild der Landwirtschaft dominiert. Gleichzeitig werden konventionell wirtschaftende Landwirte nicht selten pauschal als Umweltsünder und Tierquälerei dargestellt. Immer wieder wird die Gewinnerorientierung in Unternehmen zwangsläufig mit dem Raubbau an Natur und Ressourcen in Zusammenhang gebracht. Um solchen Feindbildern vorzubeugen und den Austausch sowie das gegenseitige Verständnis zu fördern, bedarf es einer Anerkennung dieses Problems und vorbeugender Maßnahmen. Erreichte Veränderungen und Fortschritte sollten aufgezeigt, technologische Alternativen zu Bestehendem diskutiert und kritisch gewürdigt werden, um Optimismus für zukünftige Veränderungen zu fördern. Ebenso wie in der Umweltpolitik sollte Technologieoffenheit ein Prinzip der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sein. Nachhaltige Politik muss sich am Stand der wissenschaftlichen Forschung orientieren und darf Feindbilder nicht weiter antreiben, so auch die Bildungspolitik.

An den Lehrinhalten sollten solche Lehrinhalte stärker in den Fokus rücken, die den Lernenden den Umgang, das Verständnis und die Auswertung von Umweltinformationen erleichtern. Neben einem soliden Fundament der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung (MINT) müssen die wichtigsten Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft an den Schulen wertfrei vermittelt werden. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung bedeutet daher auch, bereits frühzeitig Lerninhalte mit eigenständiger Projektarbeit und praktischen Erfahrungen zu verbinden. Regelmäßige Praktika von Schülerinnen und Schülern in Unternehmen oder in der Landwirtschaft, Exkursionen

und Gespräche mit Praktikern wären geeignet, erste Einblicke in den Wirtschaftsalltag zu bekommen. Aber auch länderübergreifende „Hackathons“ wären hier zu empfehlen. In einem ersten Schritt werden eigenständig mögliche Probleme aus dem Umwelt- und Landwirtschaftsbereich benannt und analysiert und in einem zweiten Schritt von den Schülerinnen und Schülern eigene, technische Lösungsvorschläge für den Umgang mit ihnen unterbreitet. Kerngedanke ist, Schülerinnen und Schülern einen kreativen, lösungs- und innovationsorientierten Umgang mit etwaigen Problemen zu vermitteln. Für die besten Ideen sollten auf Bundes- und Landesebene Preise vergeben werden. Schließlich sollen Lernende nicht in vorgefasste Positionen über nachhaltiges Wirtschaften gepresst, sondern in die Lage versetzt werden, sich ihre eigene Meinung zum Thema Nachhaltigkeit zu bilden und Lösungen vorzubringen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen strukturell auszubauen und weiterzuentwickeln;
2. sich dafür einzusetzen, dass die von staatlichen Institution bereitgestellten Umweltdaten vollständig entsprechend der Regelungen im Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und Umweltinformationsgesetz (UIG) bereitgestellt werden;
3. beim Statistischen Bundesamt eine bundeseinheitliche Umweltdatenplattform für die Öffentlichkeit, Schulen und Hochschulen zu schaffen, die Umweltdaten unterschiedlicher Institutionen aggregiert, fachlich aufbereitet und die notwendigen Instrumente zu ihrer Auswertung zur Verfügung stellt;
4. auf die Länder einzuwirken, dass sie die Umweltdaten der bundeseinheitliche Umweltdatenplattform für Schulen in ihre digitalen Lehrmaterialien aufnehmen und bei der Auswahl neuer Schulbücher darauf achten, dass diese Umweltdaten in den Schulbüchern berücksichtigt wurden,
5. zusammen mit den Ländern marktwirtschaftliche Zusammenhänge und MINT-Fächer verstärkt zu fördern, insbesondere durch Programme, die bisher vernachlässigte Gruppen verstärkt mit einbeziehen: Kinder aus bildungsärmeren Haushalten, aber auch Mädchen den Zugang zu Naturwissenschaften zu erleichtern;
6. zusammen mit den Ländern eine Grundlehre für Grundprinzipien (Vorsorgeprinzip, Verursacherprinzip, Generationengerechtigkeit, Innovationsprinzip) der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitikgestaltung in der Schulbildung verankern;
7. regelmäßig, länderübergreifend „Hackathons“ für Schülerinnen und Schüler zu unterschiedlichen Umweltthemen zu organisieren;
8. den direkten Zugang über die Ernährung zu nutzen, um einen alltagsbezogenen Bildungsansatz für alle Altersgruppen voranzutreiben und diesen verstärkt in Bildungskampagnen mit einzubeziehen;
9. sich zusammen mit den Ländern für die Einführung mehrwöchiger „Stadt-Land-Schülerpraktika“ einzusetzen, um den gegenseitigen Austausch zwischen Stadt und Land zu fördern, insbesondere jedoch Kindern zu ermöglichen, ein ausgewogenes Weltbild zu erfahren. In diesem Zusammenhang, mit den Ländern eine gemeinsame Vermittlungsplattform für den Austausch von Stadt- und Land-Schülern einzuführen und die Debatte des Arten- und Naturschutz wieder ideologiefreier, weniger emotionsgetrieben, auf die Wirklichkeit bezogene und nicht als populistische Werbebewegung zu führen;

10. mit dem Verständnis eines aufgeklärten Bildungsauftrags öffentliche Gelder verstärkt zu nutzen, um neutral über aktuelle Forschungsergebnisse und Zukunftstechnologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS, CCU), aber auch Gentechnik oder Genome-Editing aufzuklären, insbesondere in leicht verständlicher Sprache.

Berlin, den 6. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion